

an die Macht kommen zu lassen. Wenn Breitscheid am 4. November in einer SPD-Verammlung in Emden erklärt:

„Die Sozialdemokratie wird eine Regierung Brüning-Hilfer begrüßen, weil sie dadurch von der Regierungspolitik befreit wird und das Zentrum der Nationalsozialisten ohnehin an den größten Dummheiten hindern wird“

So ist das auch für den gläubigsten SPD-Arbeiter verständlich genug, und wenn zu allem Überflus auch noch der „linke“ Bödel in der Chemnitzer Volksstimme für die Tolerierung Hitlers eintritt, so steht jeder, warum die Dresdner Volkszeitung zu einem solchen Trick greifen muß, um die im Werden begriffene Einheitsfront aller Werktätigen zu zerbrechen. Der „linke“ Bödel schreibt:

„Wären die Nazis mit der Verantwortung für die Notverordnungen seit einem halben Jahr belastet gewesen, so wäre die Demaskierung heute schon restlos erfolgt und ihre politische Stellung schwer erschüttert. Noch ist es nicht zu spät dazu.“

Die Absicht der Dresdner Volkszeitung, die Kommunistische Partei der Sabotage der Herstellung der roten Einheitsfront gegen den Faschismus zu bezichtigen, ist keineswegs originell. Den SPD-Führern, denen das Wasser bis an den Hals steht, wird durch den Niedergang ihres Masseneinflusses täglich deutlicher die Tatsache eingeleuchtet, daß nur noch die verzweifeltsten Anstrengungen mit neuen Täuschungsmanövern den völligen Bankrott der SPD-Politik und die organisatorische Krise vorübergehend aufhalten vermögen. Genosse Thälmann, der Führer unserer Partei, schreibt in seinem Appell an die werktätigen Massen:

„... aber weil weil die SPD-Führer seit Jahren aus dem Niedergang ihres Masseneinflusses gelernt haben, daß sie den Bogen ihrer arbeitersindlichen Politik gegenüber den eigenen Anhängergruppen zu scharf gespannt haben, soll das neueste Manöver mit den pflichtlichen Phrasen der Breitscheid und Co. über Einheitsfront gegen den Faschismus“ verschleiert werden... Fanden sich die sozialdemokratischen Führer wirklich ein, die deutschen Arbeiter hätten vergessen, was ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter von der Tribüne des „Hohen Hauses“ verkündete: „Nieder zehnmal mit Groener, zehnmal mit den Monarchisten, zehnmal mit dem Reichwehrgeneral, als einmal mit den Kommunisten“? Fanden sie sich wirklich ein, die Arbeiter hätten das sozialdemokratische Wort

Dresdner Betriebsarbeiter antworten!

Die Belegschaft Stahlquelle Briesnig fordert zum roten Volksbegehren auf.

In der getrigen Belegschaftsversammlung der Stahlquelle Dresden-Briesnig sprachen unter starkem Beifall ein Vertreter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition für die Herstellung einer einheitlichen roten Kampffront der Betriebsarbeiter gegen den Scharfmacherkurs der Kapitalisten. Einmütig erklärte sich die Belegschaft gegen die neuen Diktate und stimmte der Aufforderung zu, ihren Kampfwillen zu demonstrieren durch

restlose Einzeichnung der Betriebsarbeiter in die Listen des roten Volksbegehrens.

Dresdner, ostjüdische Betriebe, wo ist eure Antwort an Brüning — Groener — Schied?

des Hamburger Abgeordneten Dahrendorf vergessen: „Nieder zehn Nazis als einen Kommunisten im Präsidium der Hamburger Bürgerchaft“? Sie unterschätzen das Gedächtnis und den Verstand der deutschen Arbeiter gründlich.“

Auch die Spekulation der Dresdner Volkszeitung ist zu plump, als daß die sozialdemokratischen Arbeiter in Dresden und Olschafen darauf hereinfallen würden.

In Deutschland gibt es eine Front, die sich zur Aufgabe gemacht hat, das kapitalistische System vor dem drohenden Bankrott zu retten; das ist die Front Hitler-Hugenberg-Brüning-Wels. Im Kampf gegen diese Front der Ausbeuter und Unterdrücker stellt die kommunistische Partei die lebendige kämpfende rote Einheitsfront her. Wir zittern einen Absatz aus dem Artikel des Genossen Thälmann aus dem neuesten Heft der theoretischen Zeitschrift der KPD, „Die Internationale“, in dem es mit prägnanter Klarheit heißt:

„Nach wie vor stellt die SPD trotz ihrer Schwächung durch unseren Vormarsch die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie und gibt mit ihrem Millionenanhang im ADGB u. anderen Arbeiterorganisationen die wichtigste Massenbasis für die Sicherung der kapitalistischen Diktatur und Durchführung ab... Ohne im Kampf gegen die Sozialdemokratie zu stehen, können wir nicht den Faschismus schlagen, d. h. gegen die mit faschistischen Methoden ausgeübte Diktatur der Bourgeoisie erfolgreich kämpfen.“

Darum ist die wichtigste Aufgabe in gegenwärtiger Stunde, die Einheitsfront der Arbeiterklasse herzustellen. Die Bedingungen, die die kommunistische Partei stellt, sind keineswegs Bedingungen an die sozialdemokratischen Führer, sondern diese Bedingungen stellt der Klassenkampf der gesamten Arbeiterschaft. Die Bedingungen der SPD-Führer heißen: Mit Brüning, Groener und Schied gegen die Interessen des werktätigen Volkes. Die kommunistische Partei stellt weder Bedingungen noch patiert sie mit den Feinden der Arbeiterklasse, sondern ruft alle ehrlichen und klassenbewußten Arbeiter zum Kampf gegen den kapitalistischen Bankrott, für Freiheit und Sozialismus!

Wie Nazi-Mordlügen entstehen!

Liebestoller besoffener SA-Führer schießt sich selbst nieder

Die Nazi-Presse berichtete vor einigen Tagen von einem „Marxisten“-Uberschall auf den SA-Führer Brinkmann, Onabrid, der mit einem schweren Bauhaken aufgefunden wurde. Der Donabrücker Regierungspräsident setzte auch sofort eine Prämie von 300 Mark für die Kommunistenjagd aus. Jetzt hat der Sturmführer eingestanden, daß seine Behauptung, überfallen worden zu sein, eine Lüge war. Er war mit einer Kellnerin nach einem Saufgelage nach Hause gegangen. Unterwegs wollte er in einer Wirtschaft nochmals einkehren. Da das Lokal geschlossen war, zog er seinen Revolver aus der Tasche und kopfte damit gegen den Fensterrahmen. Dabei löste sich ein Schuß und traf Brinkmann in den Bauch. Die betreffende Kellnerin hat sich inzwischen gemeldet und ein gleichlautendes Geständnis abgelegt.

Am 8. Dezember meldete WB aus Hildburghausen, daß auf einen Nazi-Ordnungsgruppenführer ein Attentat verübt worden sei. Der Schuß habe einen Fleischhacker getroffen. Die Nazi-Presse brachte diese Meldung in großer Aufmachung und behauptete, der Nazi-Ordnungsgruppenführer Knops sei von „Marxisten“ überfallen worden. Jetzt stellt sich heraus, daß der Nazi stets einen Revolver bei sich trug. Auf dem Heimweg hat sich aus der

Massenstilllegungen im Rheinland

Essen, 10. Dezember. (Eig. Meldung).

Bei den Landesarbeitämtern des Rheinlandes und Westfalens sind zahlreiche Stilllegungsanträge für die Metallindustrie eingegangen. Die Vergherren kündigen außerdem umfangreiche Feierlichkeiten an. Außerdem wird von den Unternehmern jeder Auftrag zurückgehalten, um die durch Notverordnung angeforderte Preislenkung abzuwarten. Die Firma Krupp AG kündigte an für die Zeit vom 20. Dezember 1931 bis 14. Januar 1932 folgende Betriebe stillzulegen: Martinwerk 2, Martinwerk 7, Walzwerk 2, Walzwerk 3, Drahtwalzwerk, Drahtwerk, Spruchwalzwerk, Hammerwerk, Schmiedeprehwerk, Gießerei 7, Gießerei 8, Apparatebau, Steinwerk, Lagerplatz Wegerodt und Olenbergerei. Auch die Thyssenhütte in Hamborn hat ihre 7500

Manu starke Belegschaft für die Zeit vom 18. Dezember 1931 bis 4. Januar 1932 ausgesperrt. Diese hätte in der unüberwunden technisch betriebsgerüstete Betrieb im Ruhrgebiet. Auch die Stilllegung des Werkes verfügt.

Immer neue Schläge prasseln auf die Arbeiterschaft herein. Immer offener zeigt sich den Westfälischen die von den ADGB-Vertretern im Wirtschaftsbereich vertretenen Einheitsfront der Arbeiter. Die Führer des Proletariats im Rheinland kämpfen für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Sie stärken, ist gleichzeitig Kampfbünde gegen die Scharfmacherkurs!

Deutschland im Zentrum des Krisensturms

Bürgerliche Presse zur Notverordnung enthüllt Hoffnungslosigkeit des Kapitalismus

In seiner Rundfunkrede zur Begründung der vierten Notverordnung erklärte der Reichskanzler Brüning: „Das ist die Zerrüttung der Weltwirtschaft fort... Deutschland ist zum Zentrum des wirtschaftlichen Sturms durch die Welt jetzt geworden.“

Die neue Notverordnung soll nach Ansicht der Reichsregierung die Wirtschaftskrise mildern. Aber die Kommentare der bürgerlichen Presse zur Notverordnung enthüllen die ganze Hoffnungslosigkeit der Situation und zeigen, daß die Notverordnung im Gegenteil die Krise noch verschärft. Wir zitieren nachstehend einige der wichtigsten Pressestimmen:

„Unverträgliche Belastungen“

Die Berliner Volkszeitung von gestern früh:

„Selbst die Regierung hat schon eingesehen... daß sie mit dem vorgelassenen Eingriff in die Tarifverträge die Geduld und Duldsfähigkeit der Arbeiter und Angestellten einer schier unerträglichen Belastung unterzieht. Die Senkung der nicht gesunkenen Preise soll der Preiskommissar besorgen — ob er dazu imstande sein wird, wissen wir nicht.“

Zum vierten Male die „letzte“ Notverordnung

Das Berliner Tageblatt von gestern Abend schreibt:

„Zum vierten Male heißt es: diese Notverordnung werde die letzte sein, und die Grenze dessen, was man dem deutschen Volk zumuten könne, sei erreicht. Das gleiche hat man bei jeder früheren großen Notverordnung erklärt.“

„Rücksicht auf die Interessen der Großindustrie“

Das Berliner Tageblatt von gestern früh schreibt:

„Primär (in erster Linie. Die Red.) scheint hierbei die Rücksicht auf die Interessen der großen Unternehmen in der Industrie und auf diejenigen der mittleren und größeren landwirtschaftlichen Betriebe gewesen zu sein.“

Naziforderungen erfüllt

Die Nazi-Presse ist durchaus mit der neuen Notverordnung einverstanden. Der Börsliche Beobachter schreibt, durch die politischen Maßnahmen „fühle sich die nationalsozialistische Bewegung nicht berührt... die Verschärfungen gegen Waffennachfrage werden hoffentlich die roten Mörder in Schach halten“.

Noch begeistert ist der Angriff, der erklärt, daß Brüning bei der Zinsentscheidung sich die „jahrelang vergeblich erhobene nationalsozialistische Forderung zu eigen gemacht“ habe.

Wirtschaftskrise wird verschärft

Die Berliner Börsenzeitung, die alle politischen Unterdrückungsparagrafen warm begrüßt, schreibt:

„Diese Notverordnung stellt Zumutungen, deren physische Erfüllbarkeit wir bezweifeln... Welt davon entfernt, die Krise der deutschen Wirtschaft zu bannen, werden sie (die Bestimmungen der Notverordnung) vielmehr dazu beitragen, diese noch zu verschärfen.“

Ruhe vor dem Sturm

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt gestern Abend zur Kanzlerrede:

„Was hat denn der Reichskanzler in der Rundfunkrede gegen die Nationalsozialisten gesagt? Er hat die von niemandem bestrittene Tatsache erwähnt, daß die verfassungsmäßige Gewalt sich in der Hand des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung befindet... Was soll unter solchen Umständen das große Gerede von der ‚Legalitätsfrage‘, was soll im Munde der Demokraten die verzückte Begeisterung über die Aussicht, daß Herr Dr. Brüning nötigenfalls auch den Ausnahmezustand verkünden kann?... Aber die Unsicherheit über sein Schicksal ist der Gesamtheit und dem Einzelnen nicht von der Seele genommen und wenn ähner Ruhe über dem Lande liegt, so kann es die Ruhe vor dem Sturm sein.“

Dieselbe Zeitung der deutschen Schwerindustrie stellt in ihrer gestrigen Morgenausgabe die Frage: „Operation gelungen — Patient tot oder lebendig?“ In der Abendausgabe beantwortet das Blatt dann diese Frage folgendermaßen:

ungefährten Wasse ein Schuß gelöst, der den ihn begleitenden Fleischhackerling am Knie verlegte.

Das sind nur zwei Fälle von vielen. Auf diese Weise wird in der Nazi-Presse systematisch eine Mordbege gegen die revolutionäre Arbeiterschaft getrieben.

Wie lange wollen sich proletarische Elemente der SA und SS durch diese verlogene Hölle der Nazi-Führer gegen die Kommunisten aufputzen lassen?

Nazis schießen in Berlin

Berlin, 11. Dezember. (Eig. Meldung).

In den Abendstunden des 10. Dezember überfielen Nazis im Berliner Osten eine Anzahl Arbeiter. Die Nazis schossen. Zwei Arbeiter wurden dabei schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Bei der Durchsuchung des Nagelstalles wurden vier geladene Schußwaffen vorgefunden. Im Anschluß daran wurden umfangreiche Hausdurchsuchungen in den Arbeiterverkehrlökalen des Berliner Ostens vorgenommen. Die Durchsuchungen blieben selbstverständlich ergebnislos.

„Ob der Patient die letzte Operation überlebt, ist keine Frage. Die Eingriffe sind aber um den letzten chirurgischen Eingriff handelt, der ohne Aussicht auf Heilung nicht vorgenommen werden wird, scheint uns nicht zweifelhaft zu sein.“

SPD-Grzeffinski an der Spitze

Notverordnung gegen „rote Fäune“ — 8-Tage-Verbot gegen SPD-Zentralorgan. — Stahlhelmkundgebung in Dresden

Berlin, den 11. Dezember.

Als erster hat der Berliner sozialdemokratische Politische Vorstand Grzeffinski die neue Notverordnung angewandt — natürlich gegen die KPD. Das Zentralorgan, die „rote Fäune“, wurde für eine Woche verboten, weil sie aufhört, was zu schreiben sie nicht unterliegt. Gleichzeitig hatte er für Mittwoch alle öffentlichen politischen Versammlungen verboten.

In Essen konnte jedoch am 9. Dezember der Stahlhelm eine öffentliche Kundgebung abhalten, in der Dr. Stabber, Berlin, zur neuen Notverordnung sprach. Das ist die Tatsache, die den SPD-Arbeitern die Augen öffnen über den Charakter der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik!

SPD-Kandidat mit Hilfe Nazis gewählt

Frankfurt a. Main, 8. Dezember

Am Sonntag fand in Heltzerbach die Stichwahl für den Amt des Beigeordneten statt, wobei ein kommunistischer und ein sozialdemokratischer Kandidat zur Wahl standen. Für den SPD-Kandidaten hatten alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der Nazis ihre Wähler mobilisiert. Trotzdem erhielt der Kandidat der vereinigten Brüning-Hilfer-Front nur eine knappe Mehrheit. Auf ihn entfielen 1479 Stimmen, während unter den 1368 Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Das Ergebnis ist ein glänzender Wahlerfolg für die kommunistische Partei. Zweifellos haben hunderte sozialdemokratische Arbeiter für unseren Kandidaten gestimmt, nachdem sie kannten, daß die SPD mit den Nazis unter einer Decke steht. Die Wahlen von Heltzerbach zeigen wieder einmal, daß eine rechtliche Einheitsfront zwischen SPD und Hakenkreuzler ein Kampf gegen das revolutionäre Proletariat besteht.

Nazi-Morddrohungen

Memorandumdrohungen gegen einen zur KPD übergetretenen SA-Mann.

In Delmen (Bezirk Nordwest) war der Genosse Meyer von der SA zur KPD übergetreten, nachdem er den Vorsitz der Nazi-Ordnungsgruppe hatte. Als Antwort darauf schreibt ihm die Nazi-Ordnungsgruppe:

„Wir hätten nicht geglaubt, daß Sie den Eid, den Sie dem SA-Mann geleistet haben, brechen würden. Sie werden sich in Drittem Reich in dieser Sache zu verantworten haben.“

Das ist eine offene Mordandrohung. Bereits der Hoover-Nazi-Projekt erbrachte den Beweis, das von Seiten der Nazi-Ordnungsgruppe Memorandum-Befehle herausgegeben werden. Dieser Brief ist ein neues Beweisdokument für die Mordbege der Nazis.

2500 Schuß Munition im Salzkittennel

Auf einem Gut im Kreise Schlema (Ostpreußen) wurden von der Polizei 2500 Schuß scharfe Infanteriemunition beschlagnahmt. Der Gutbesitzer ist als Faschist bekannt. Die Polizei gibt ihm aber bereits wieder das Stchwort (ähnlich wie das Reichsgericht im Falle Dr. West). Die Pressestelle der Polizei in Schneidemühl teilt zu dem Falle mit: „Es wird angenommen, daß die Munition aus der Zeit der Grenzverteidigung herrührt. Inwieweit politische Momente eine Rolle spielen, wird zur Zeit noch nicht gesagt werden.“

Für die Werktätigen ist der Zweck dieses Munitionslagers nicht so zweifelhaft wie für die Polizei. 2500 Schuß Infanteriemunition, die bestimmt sind, nach dem Rezept der bürgerlichen Morddokumente verwandt zu werden!

Sozialdemokratische, parteilose und kommunistische Arbeiter und Angestellte schließen sich zusammen zur roten Einheitsfront!

Der Seidemann-Gumbi

Der Seidemann-Standal, der die Subventionspolitik der Regierung und die Verschleuderung von Millionen aus den Taschen der Werktätigen gezogener Steuererlöse an kapitalistische Betrüger aufdeckt, zieht weitere Kreise. Nachdem der Prozess vor dem Disziplinargerichtshof gegen Dr. Mai und Dr. Seidemann durchgeführt wird, hat jetzt die Dresdner Staatsanwaltschaft nach 2½ Jahren die Voruntersuchung abgeschlossen und Einleitung des Hauptverfahrens beantragt. Die Anklage lautet auf Betrug und Konkursvergehen.

Die Bundesleitung des Stahlhelms gibt eine längere Erklärung ab, in der sie sich hinter das Uniformwort stellt.

Nach dem neuesten Reichsbankausweis beträgt die Notendekkung 25,8 Prozent. Kommentar überflüssig.